

# Warnung vor „Bundesautobahn“ entlang von Martinsried

Gutmann präsentiert Forderungen in aufgeheizter Atmosphäre

**Martinsried** – Die Bürgerinitiative Martinsried hat sich am Dienstagabend erstmals den Bürgern vorgestellt. Gründerin Barbara Gutmann gab den rund 80 Gästen im Gasthof Schienhammer einen Überblick über die Forderungen und Vorschläge der Initiative. Während der Veranstaltung kam es zu lautstarken Auseinandersetzungen mit Gemeinderäten, die sich gegen Behauptungen Gutmanns zur Wehr setzten.

Der Versammlungsraum der Martinsrieder Gaststätte platzte aus allen Nähten, einige Besucher mussten während der rund dreistündigen Veranstaltung stehen. Auch acht Gemeinderäte waren der Einladung Gutmanns gefolgt, Näheres über die Bürgerinitiative zu erfahren, die inzwischen in einem Verein aufgegangen ist. Als Vorsitzende fungiert Gutmann, Alwin Thoma und Harald Speer stehen ihr als Vertreter zur Seite. Insgesamt gehören dem neuen Verein sieben Bürger aus Martinsried an, der Kreis der Unterstützer sei weitaus größer, betonte Gutmann. Die Vereinsmitglieder stellten sich zunächst vor. Vorsitzende Gutmann erklärte, dass der Verein nicht nur



**Barbara Gutmann**  
hat den Vorsitz des neuen Vereins übernommen. A-F: RUTT

gegen eine Staatsstraße 2063 neu kämpfe. „Wir haben ein wesentlich größeres Repertoire.“ Angestrebt werde die Entlastung Martinsrieds von Verkehr, eine attraktive Ortsmitte sowie eine Tiefgarage für die U-Bahn. Darüber hinaus warnte Gutmann nachdrücklich vor den Folgen des geplanten Hackschnitzelkraftwerks in Gräfelfing. Dieses sei durch die Emission von Feinstaub höchst gesundheitsgefährdend für die Martinsrieder Bürger.

„Unser Ziel ist eine Gleichbehandlung der beiden Ortsteile“, sagte Gutmann mehrfach. Häufig kam der Vorwurf auf, Martinsried sei ungepflegt und werde vom Planegger Gemeinderat links liegen gelassen. Kassenprüfer Harald Zuckriegel sagte, eine St 2063

neu werde irgendwann zur „Bundesautobahn“ ausgebaut.

Gutmann bekräftigte diese Aussage und warnte davor, die 2063 neu werde als Ersatz für einen Südring die Autobahnen 95 und 96 verbinden. Statt der geplanten großen Lösung wünscht sich der Verein eine Gemeindestraße, die die Münchner Straße mit der Fraunhoferstraße verbindet und so die Röntgenstraße entlasten soll. Zur Senkung des Verkehrs schlug Gutmann überdies den Bau einer großen Umgehungsstraße von Gilching über Unterbrunn nach Starnberg und weiter auf die A95 vor. So werde eine Verbindung zwischen den Autobahnen geschaffen. Zwei Verkehrs-Experten hätten ihr die Machbarkeit dieser Idee bestätigt, sagte Gutmann. Die Namen der beiden wollte sie trotz mehrfacher Aufforderung nicht nennen.

In der anschließenden Diskussion kritisierten einige Gemeinderäte die Aussagen Gutmanns. Andrea Wilhelm (CSU) sprach von „falschen Behauptungen und Unterstellungen“. Peter von Schall (parteilos) bat darum, auf „Drohungen „zu verzichten.“ ul